

Nach harten Verhandlungen in schwierigen Zeiten:

Arbeitgeber verschieben Chance auf die notwendige Zukunftsgestaltung



3. Verhandlungsrunde Potsdam

Nach zähen und intensiven Verhandlungen konnten sich die Arbeitgebenden nicht auf einen gemeinsamen Kompromiss mit den Gewerkschaften zur Verbesserung der Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen verständigen, der auch die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beider Verhandlungsparteien berücksichtigt hätte. Einmal mehr erfolgte seitens der Arbeitgebenden nach der angerufenen Schlichtung die Wertschätzung für die Mitarbeitenden nur in Worten und findet sich nicht im Portemonnaie der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wieder. Dadurch verschiebt sich

auch für alle Beamtinnen und Beamten des Bundes – einschließlich der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger – die gebotene und notwendige Anpassung ihrer Bezüge auf unabsehbare Zeit.

Schwierige politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen der Einkommensrunde 2025/2026 sind mehr als besonders. So werden die Verhandlungen auf Seiten des Bundes von einer noch amtierenden Bundesministerin des Innern geführt, die aber bereits bei der Schlichtung und der anschließenden vierten Verhandlungsrunde nur noch geschäftsführend im Amt sein wird. Ob und ggf. welche Funktion sie im Rahmen der neuen Bundesregierung ausüben wird, ist völlig offen. Diese Situation hat zur Folge, dass sie keine verbindlichen Aussagen zur Übertragung einer Tarifeinigung auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes treffen kann. Die Entscheidung ob, wann und in welchem Umfang diese erfolgt, obliegt der neuen Bundesregierung, den dann vorherrschenden Rahmenbedingungen und ist zum jetzigen Zeitpunkt damit weitgehend offen. Zugleich sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als äußerst schwierig zu bezeichnen. Dazu gehören die im Vergleich zu den Vorjahren moderaten Inflationsraten, niedrige Tarifabschlüsse mit langen Laufzeiten in anderen Bereichen, ein neutrales bzw. sogar negatives Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr und – so prognostiziert – auch in den kommenden Jahren.

Wir brauchen beim Thema Personal und Personalentwicklung einen Politikwechsel

Die bestehende wirtschaftliche Situation war für die Arbeitgebenden das alles beherrschende Kriterium bei den Verhandlungen, die über drei Verhandlungsrunden von einer Verweigerungshaltung und nicht von einem Wunsch nach guten und sinnvollen Lösungen geprägt waren. Dabei muss man dem Bund zuerkennen, dass er in vielen Bereichen kompromissbereiter als die VKA war und für seine Beschäftigten anzuerkennende Verbesserungen anstrebte. Diese wurden jedoch in vielen Bereichen von der VKA nicht mitgetragen.

JETZT dbb.de **8%** mind. **350 Euro**



Aktion in Berlin



Aktion in Berlin



Aktion in Potsdam

für Beamtinnen
und Beamte

dbb aktuell

dbb
beamtenbund
und tarifunion

Herausgeber:
dbb beamtenbund
und tarifunion
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlich:
Waldemar Dombrowski,
Fachvorstand
Beamtenpolitik

Redaktionell:
Geschäftsbereich Beamte
Beamte@dbb.de

Fotos:
Anestis Aslanidis,
Friedhelm Windmüller,
dbb Jan Brenner,



Regionalkonferenz in Nürnberg



Aktion in Potsdam



Aktion in Berlin

Dieses Verhalten machte es dem immer verhandlungs- und kompromissbereiten dbb unmöglich, zu einem Abschluss zu kommen.

Daher zeigte sich Waldemar Dombrowski, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik, am Schluss der Verhandlungsrunde über die Hinhalte- und Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite enttäuscht und auch verärgert. „Während Deutschland sich beispielsweise bei Themen wie „Innere und äußere Sicherheit“ sowie „Infrastruktur“ neu aufstellt, behandeln die Arbeitgebenden von Bund und Kommunen die eigenen Beschäftigten stiefmütterlich und alles andere als zukunftsorientiert. Angesichts des an Fahrt gewinnenden demografischen Wandels gilt es mehr denn je, die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den Blick zu nehmen. Die Hinhalte- und Verweigerungshaltung schadet der Funktionsfähigkeit unseres Staates und damit den Bürgerinnen und Bürgern. Unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen erwarten zu Recht, dass die Dienstherrn ihrer Zukunftsverantwortung gerecht werden. Beim Thema Personal und Personalentwicklung benötigen wir deshalb ebenfalls einen Politikwechsel.“

Die Missachtung der Leistung des vorhandenen Personals und die Notwendigkeit der Schaffung von attraktiven Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen ist auch für den Bundesvorsitzenden des BDZ, Deutsche Zoll und Finanzgewerkschaften, Thomas Liebel nicht nachvollziehbar. „Bund und Kommunen entziehen sich mit der angerufenen Schlichtung ihrer Verantwortung als Arbeitgeber. Ein respektloses Faulspiel gegenüber den Beschäftigten geht nun in die Verlängerung. Die vertagte Chance zur überfälligen Verbesserung der Rahmenbedingungen unserer betroffenen Kollegen grenzt an ein Armutszeugnis – und das bei rund einer Billion Steuereinnahmen“, konstatiert er im Anschluss an die von den Arbeitgebenden angerufenen Schlichtung.

Dem schloss sich unmittelbar der Vorsitzende der DPöIG Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz, vor Ort in Potsdam an. „Das von den Arbeitgebenden vorlegte Angebot war in keinster Weise akzeptabel und ist für die Beschäftigten der größten Sicherheitsbehörde in Deutschland mehr als beschämend.“

Wie geht es weiter?

Die von den Arbeitgebenden angerufene Schlichtung wird spätestens am 24. März 2025 starten. In der Schlichtungsrunde wird der dbb die berechtigten Interessen seiner Mitglieder auf Verbesserung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen erneut argumentativ einbringen, aber auch vehement vertreten, um dadurch einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss zu erreichen. Dabei ist klar, dass er sich nicht von der bislang praktizierten Verweigerungstaktik der Arbeitgebenden beeindrucken lassen wird. Er wird vielmehr die Gelegenheit nutzen, um unter Führung von zwei Schlichtern erneut seine berechtigten Argumente darzulegen, um die Arbeitgebenden zu bewegen, eine für beide Parteien tragbaren Kompromiss zu bewegen. Dabei wird er auch erneut verdeutlichen, dass eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Volumens auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes unabdingbarer Bestandteil dieser Einkommensrunde ist. Arbeitgebende und Gewerkschaften werden mit je zwölf Vertretern vor Ort sein. Dabei hat in dieser Runde turnusmäßig der von den Arbeitgebenden benannte Schlichter, Roland Koch, die entscheidende Stimme, nachdem bei der letzten Schlichtung vor zwei Jahren die Gewerkschaften den Schlichter benennen durften.

Nach der Schlichtung wird Anfang April eine vierte Runde stattfinden, bei der der dbb beraten wird, ob der Schlichterspruch angenommen, modifiziert oder abgelehnt wird. Im Falle der Ablehnung des Schlichterspruchs wären Urabstimmungen und auch ein Vollstreik wahrscheinlich.

Kommt es in der damit entscheidenden vierten Verhandlungsrunde zu einem Abschluss, wird der dbb den/die dann ernannten Bundesminister/Bundesministerin des Innern auffordern, eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Volumens auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes durch die Vorlage eines entsprechenden Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes vorzunehmen.

Mitglied werden – Wir für Euch!

Weitere Informationen für Beamtinnen und Beamte finden Sie auf der Homepage des dbb beamtenbund und tarifunion unter: www.dbb.de/beamtinnen-beamte

